

19. OKTOBER 2017

DIE LINKE lehnt Forderung der Jungen Union nach Sparkommissaren ab

DIE LINKE lehnt die Forderung der Jungen Union nach Sparkommissaren des Landes für Städte und Gemeinden ab. Der Abgeordnete Dennis Lander: „Statt die Demokratie vor Ort mit einem vom Land verordneten Kürzungs-Diktat abzuwürgen, müssen die Ursachen der Haushaltsnotlage der Kommunen bekämpft werden. Diese Notlage trifft bekanntlich Städte und Gemeinden mit einer CDU-geführten Ratsmehrheit ebenso wie solche mit SPD- oder rot-rot-grüner Mehrheit, ist also weitgehend unabhängig von den Akteuren vor Ort. Rund 90 Prozent der Ausgaben einer Stadt wie Saarbrücken sind Pflichtaufgaben. Zusätzliche Kosten entstehen außerdem für Projekte, die von Bund und Land eingefordert werden, wie den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze. Es ist also nicht so, dass hier überall Geld zum Fenster hinausgeworfen würde. Auch beim Personal liegen die saarländischen Kommunen im Vergleich zu anderen Bundesländern zurück. Dafür haben sie durch die Steuergeschenke für Millionäre, Großkonzerne und Millionen-Erben nach Berechnungen der Arbeitskammer seit dem Jahr 2000 jährlich rund 130 Millionen Euro verloren. Wenn die Junge Union also ernsthaft die Haushaltsnotlage der Kommunen angehen wollte, müsste sie die verfehlte Steuerpolitik ihrer Parteifreunde in Bund und Land kritisieren.“

Auch die saarländische Linksjugend [[solid](http://linksjugend-saar.de/)] <URL: <http://linksjugend-saar.de/>> kritisiert die Forderung der Jungen Union. Dennis Weber vom LandessprecherInnenrat erklärt: „Gerade für junge Menschen im Saarland ist verschärftes Peitschenknallen des Landes gegenüber den Städten und Gemeinden wenig hilfreich. Wir brauchen im Gegenteil mehr Investitionen in die Zukunft. Vor Ort verrotten Schulen, Straßen, Infrastruktur, die Anbindung mit Bussen und Bahnen vor allem auf dem Land ist miserabel, der Bau neuer oder die Sanierung vorhandener Sport- und Freizeitanlagen bleibt angesichts leerer Kassen oft auf der Strecke. Aber die Junge Union ist offensichtlich vor allem den Superreichen verbunden, die sie vor höheren Steuern bewahren will, und nicht den Interessen der saarländischen Jugend.“

IN VERBINDUNG STEHENDE ARTIKEL:



Jochen Flackus: Saar-Kommunen brauchen Hilfe - Kramp-Karrenbauer muss ihre Verweigerungshaltung aufgeben

- 25. Mai 2020



Oskar Lafontaine: Milliarden für Städte und Gemeinden statt für Kampfjets und Panzer - 18. Mai 2020

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.LINKSFRAKTION-SAARLAND.DE/POLITIK/MELDUNGEN/DETAIL/ARTIKEL/DIE-LINKE-LEHNT-FORDERUNG-DER-JUNGEN-UNION-NACH-SPARKOMMISSAREN-AB/](http://www.linksfraktion-saarland.de/politik/meldungen/detail/artikel/die-linke-lehnt-forderung-der-jungen-union-nach-sparkommissaren-ab/)